«Intransparenz wäre gefährlich»

Lobbying wird oft kritisch hinterfragt. Dabei wird unterschlagen, dass die Rolle der Lobbyisten wichtig ist für das Funktionieren demokratischer Meinungsbildungsprozesse. Dies zeigt ein Gespräch mit Sven Bradke, Geschäftsführer und Präsident des Verwaltungsrates der St.Galler Wirtschafts- und Kommunikations-Beratungsagentur Mediapolis, über Möglichkeiten und Grenzen des Lobbyings.

Sven Bradke, John F. Kennedy sagte: «Die beste Möglichkeit, sich umfassend über ein Thema zu informieren, ist es, alle beteiligten Lobbyisten anzuhören.» Das gefällt Ihnen, weil…
…es begrüssenswert ist, wenn Politiker nicht vorgefasste Meinungen haben, sondern sich erst einen Überblick verschaffen. Faire Gesetzgebung setzt voraus, alle Akteure anzuhören.

Haben Lobbyisten gar eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in demokratischen Prozessen?
Klar! Das Lobbyieren hört erst am Abstimmungstermin auf. Dann entscheidet das Volk, was für die Mehrheit besser ist.

«In einer offenen, pluralistischen Gesellschaft können sich Werte und Meinungen wandeln.»

Trotzdem haben Lobbyisten ein Imageproblem: Viele denken, das sei ein anrüchiges Geschäft. Weshalb?
Auch Politiker wissen nicht alles; oft geht es um komplexe Materien. Ein offenes Ohr und Kontakte zu Interessengruppen sind deshalb wichtig. Das Image des Lobbyings ist schlecht, weil viele davon ausgehen, es spiele sich alles hinter verschlossenen Türen ab. Dieses Bild ist aber unzutreffend: In der Schweiz beginnt die Gesetzgebung mit einer offiziellen Vernehmlassung zu einem Gesetzesentwurf. Dabei können sich alle Gruppierungen einbringen. Das ist bereits Teil des Lobbyings. In der Regel geht danach eine revidierte Vorlage vom Bundesrat ans Parlament. Dort versuchen dann die Ratsmitglieder, ein «Päckchen» zu schnüren, das notfalls auch vor dem Volk standhält – falls ein Referendum ergriffen werden sollte. So kommt es zu «austarierten» Kompromissen. Politiker und Lobbyisten beeinflussen sich gegenseitig: Erstere wollen Gesetze, die vor dem Volk eine Chance haben, und Letztere möchten ihre Ideen umgesetzt sehen.

In der Kasachstan-Affäre haben auch PR-Leute keine gute Falle gemacht. Haben Sie eine Art Berufsethik?
Selbstverständlich, seit unserer Firmengründung besprechen Peter Weigelt und ich jedes politische Mandat, bevor wir unsere Unterstützung anbieten. Wir setzen uns so ethische Grenzen. Die Kasachstan-Affäre ging mehr als zu weit.

Immer wieder kommt die Forderung nach weniger Lobbyisten. Stimmen Sie ihr zu oder gibt es so etwas wie ein Zugangsrecht zu den Regierenden?
Journalisten «lobbyieren» mit ihren Stellungnahmen. Auch Lehrer sind im Unterricht nicht immer wertfrei. Selbst wenn Sie versuchen, so neutral wie möglich zu unterrichten, fliessen dennoch Werturteile mit ein. Wir alle sind letztlich Lobbyisten. In einer offenen, pluralistischen Gesellschaft können sich Werte und Meinungen zudem wandeln. Die Anzahl Lobbyisten in Bern ist deshalb nebensächlich. Entscheidend ist, wie Werte und Meinungen beeinflusst werden – darum geht es!

Politiker sind ja selbst die grössten Lobbyisten…
Darum ist es wichtig zu wissen, wer für wen tätig ist. Intransparenz wäre gefährlich. Ich bedauere es beispielsweise sehr, dass in den Gesundheitskommissionen beider Räte kaum mehr Innovationen möglich sind: Die Mitglieder unterstehen starken Interessenbindungen. Viele vertreten Krankenkassen oder Leistungserbringer des Gesundheitswesens. Die Diskussion, ob Parlamentarier in Verwaltungsräten oder Beiräten von Krankenkassen sitzen dürfen, ist deshalb durchaus zulässig. Letztlich ist ja die obligatorische Krankenversicherung staatlich organisiert. In Staatsbetrieben wie der Post oder der SBB dürfen Parlamentarier auch nicht mehr in den Verwaltungsräten sitzen. Die ständigen Kommissionen haben das Problem zusätzlich verschärft. Es macht für gewisse Interessengruppen durchaus Sinn, ein Kommissionsmitglied «einzubinden» – vertritt es dann doch vier oder gar acht Jahre lang die eigene Politik.

Bei Lobbying denkt man an die Wandelhalle. Welche anderen Möglichkeiten haben Sie, die Gesetzgebung zu beeinflussen?

Verschiedene, auch ein gut recherchierter NZZ-Artikel kann beispielsweise eine wichtige politische Diskussion entfachen. Lobbying bedeutet aber immer, mit Menschen zu reden: Wo liegt ein Problem? Was ist dessen Ursache? Welche Konsequenzen hätten die beabsichtigten Regulierungen? Deshalb sind auch Gespräche mit Vertretern der Verwaltung wichtig.

Letztere hat oft einen Wissensvorsprung und hochdotierte Kommunikationsabteilungen. Welche Rolle spielen die Verwaltungen im Lobbying?
Sie sind wohl die stärksten Lobbyisten für neue Regulierungen. Wenn jemand schreit: «Der Staat soll handeln!», fühlen sich diese oftmals herausgefordert. Sie haben letztlich auch die Hebel betreffend Rhythmus, Intensität und Stossrichtung neuer Regulierungen in der Hand.

«Wir sollten darüber nachdenken, welche Regulierungen wir über Bord werfen könnten.»

Der Spruch ist legendär: Mit einer Million könne man aus jedem Kartoffelsack einen Bundesrat machen, sagte in den 80ern Rudolf Farner. Was kostet es heute?
Das war eine gute Provokation (lacht). Ich glaube nicht, dass Farner dies gelungen wäre. Zudem hat sich die Welt seither entscheidend verändert.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, welcher wäre das?
Dass generell weniger reguliert würde. Wir sollten darüber nachdenken, welche Regulierungen wir über Bord werfen könnten. Beispielsweise all jene, die vor 1960 verabschiedet wurden. Nur: Für solche Vorhaben lobbyiert normalerweise niemand.

Text: Pascal Tschamper
Bild: Stéphanie Engeler